



Stellungnahmen zum Sulzer Haushalt

# Gemeinderäte sehen das Ende der fetten Jahre

Ingo Günther 04.12.2023 - 21:00 Uhr

In ihren Haushaltsreden verweisen die Parteisprecher im Sulzer Gemeinderat auf die schwierigen äußeren Umstände durch Krieg und Krisen. Der Streit um das Regionale Gewerbegebiet setzt sich auch in dieser Debatte fort.

Weit über den Tellerrand der Stadtgrenzen hinaus blicken die Sprecher der Parteien im Gemeinderat in ihren Stellungnahmen zum Sulzer Haushalt. Für die Verwaltung gab es Lob. Jens Keucher bekam auch kritische Worte zu hören. Beim Regionalen Gewerbegebiet zieht sich ein Riss durch das Gremium.

**FWV sieht Gebühren steigen.** Für die Freie Wählervereinigung (FWV) sagte Fraktionsvorsitzende Cornelia Bitzer-Hildebrandt, die Folgen von Krieg und Wirtschaftskrise hätten Einfluss auf die Haushaltspläne. Die Bürger würden erwarten, dass die Kommune die Preise für Strom, Wasser und Abwasser nicht erhöht. „Das wird auf die Dauer nicht haltbar sein“, verkündete Bitzer-Hildebrandt, „leider sind wir am Ende der fetten Jahre angekommen“.

+++ Für mehr News unserem Kanal bei WhatsApp folgen +++

## Warum wächst auf den besten Böden der Region ausgerechnet Mais?

Die Gewerbesteuererinnahmen müssten erhöht, der Zuzug von Betrieben forciert werden, befand Bitzer-Hildebrandt. Beim regionalen Gewerbegebiet kritisierte sie vor allem die Landwirte: „Ich frage mich, warum auf den besten Böden der Region ausgerechnet Mais angepflanzt werden muss.“ Auch in der heilen Welt der Landwirtschaft stehe Kommerz an oberster Stelle.

Als Probleme sieht Bitzer-Hildebrandt das Ladensterben und den Fachkräftemangel. Ihr Rezept: „Mit dem werben, was uns die Geschichte geschenkt hat.“ Insbesondere Gustav Bauernfeind müsse zu „dem“ Magneten für Marktplatz und Innenstadt werden.

**CDU für Kindergärten** Heinrich von Stromberg schlug für die CDU-Fraktion ebenfalls einen Bogen von der schwierigen Weltlage bis an den Neckar. Inflationsrate, Zinsen, konjunkturelle Aussichten und Klimawandel nannte von Stromberg unter anderem. „Nicht alles, was politisch populär ist, kann auch finanziert werden“, stellte er auf diesem Hintergrund fest.

## Keiner will die erneuerbaren Energien vor der Nase haben

Das Thema regionales Gewerbegebiet beschäftige den Gemeinderat seit 25 Jahren. Er verstehe die Gegner, sagte von Stromberg, sie müssten auch gehört werden. Weil neun Petitionen gegen das Gewerbegebiet abgelehnt wurden, könne aber nun zeitnah ein Bebauungsplan aufgestellt werden.

Neben der Notwendigkeit von erneuerbaren Energien – „aber keiner will die vor der Nase haben“ – benannte von Stromberg als Problem die Kindergärten. Sie würden beinahe aus allen Nähten platzen. Auch das Thema Kultur erwähnte er. Bekomme das Bauernfeindmuseum den Platz und die Ausstattung, die ihm gebühre? Die CDU-Ratsfraktion habe sich festgelegt. Viel Lob hatte von Stromberg für das Projekt „Halle 16“ übrig.

## GAL bleibt hart beim Gewerbegebiet

Hans Gühring kommentierte für die GAL-Fraktion: „Im Gegensatz zur großen Bundespolitik kann man hier in Sulz feststellen, dass unsere städtischen Finanzen von Profis gemanagt werden.“ Der vorliegende Haushaltsentwurf biete zumindest ein wenig Anlass zu Optimismus, sagte er. Die GAL werde das regionale Gewerbegebiet auch künftig ablehnen,

kündigte Gühling an: „Herr Keucher, die Beantwortung des Fragenkatalogs der Initiative Pro Mühlbachene erwarten wir mit großem Interesse“. Die GAL unterstütze die Einrichtung eines Kulturhauses in Sulz. Das Projekt „Halle 16“ zeige deutlich, wie es funktionieren kann.

**SPD sieht Keucher „am anderen Ende des weißen Tisches“** Ein ausgeglichener Haushalt in Sulz werde bald der Vergangenheit angehören, stellte SPD-Sprecher André Amon fest. Fehlende Finanzmittel dürften jedoch kein Argument sein, die Diskussion bei jeder „Kann-Aufgabe“ im Keim zu ersticken. Das regionale Gewerbegebiet lehne die SPD im Gemeinderat weiterhin ab. Amon warf Bürgermeister Jens Keucher vor: „Wir haben den Eindruck, dass Sie sich an das Ende des langen weißen Tisches gesetzt haben, den man aus dem Fernsehen kennt, statt mit den Kritikern an eine runde Tafel.“

**AfD-Vertreter macht sich für Atomkraft stark** Gemeinderat Udo Schubert (AfD) sprach sich in seiner Haushaltsrede für Atomkraftwerke als ideale Partner der erneuerbaren Energien aus. Zum regionalen Gewerbegebiet sagte er, man könne sich fragen, ob man wirklich einen einzelnen regional bedeutsamen Investor wolle. Er hätte sich stattdessen eine Reihe von kleineren Mittelstandsbetrieben vorgestellt, so Schubert.